

**Übersicht Arbeitskreis 1: Staatliche Museumspolitik**  
**Zusammenfassung aller Arbeitsgruppen**

Staatliche Museumspolitik: wesentliche Ziele und Aufgaben	Seite 2
Bestehende Strukturen, Abgrenzung der Aufgaben Museen und bmukk:	Seite 3
Entwicklung einer Gesamtvision, Leitlinien und Masterplan	Seite 4

## **Staatliche Museumspolitik: wesentliche Ziele und Aufgaben**

Das Bekenntnis der Politik zu Kunst und Kultur soll kein Lippenbekenntnis bleiben sondern sich in konkreten Handlungen ausdrücken.

Auf die Frage, was staatliche Museumspolitik ist, bzw. diese ausdrückt, werden mehrere Punkte genannt, wobei u.a. gefordert wird, dass Einfluss über die Museumsordnungen ausgeübt wird:

- Bildungspolitik (Bewusstseinsbildung von höchster gesellschaftspolitischer Relevanz, die auch in der Ausbildung von LehramtskandidatInnen eine Rolle spielen sollte)
- Tarifpolitik – gefordert ist eine größere soziale Treffsicherheit, die vor allem Schulklassen einbeziehen sollte; Vermittlungsarbeit sollte durch MuseumsmitarbeiterInnen erfolgen, auch PensionistInnen könnten im Weg eines Volontärwesens einbezogen werden
- Restitution (unrecht erworbenes Gut soll zurückgegeben werden)
- es soll eine staatliche Rücklage für die Museen gebildet werden, um einmalige Maßnahmen besser finanzieren zu können
- die Sicherung des Basisbetriebes der Bundesmuseen ist eine wesentliche Aufgabe des Staates
- es muss ein gemeinsames Unternehmenskonzept des Staates mit seinen Institutionen geben, das bezieht sich aber nicht auf den operativen Bereich
- Leitlinien – Museumsordnungen können diesen Zweck nicht erfüllen; Leitlinien sollen zielorientiert und binden für beide Seiten sein
- Vorhabensberichte sind Teil der Rahmenbedingungen (wie Museums- und Geschäftsordnungen); zu diskutieren ist allerdings, wer analysiert bzw. wer kontrolliert; vor allem sollte es neben der wirtschaftlichen auch eine inhaltliche Kontrolle und damit einen Dialog über die Sinnhaftigkeit von Museumsprogrammen im Weg einer Rückkoppelung mit dem zuständigen Ministerium geben
- Personalpolitik (d.h. die Bestellung von DirektorInnen, Kuratoriumsmitgliedern) wird als wesentlicher sichtbarer Ausdruck der Kulturpolitik gesehen

Die Valorisierung der Basisabteilung steht nach wie vor aus. Weiters sind Sondermittel für dringende bauliche Maßnahmen erforderlich.

Die Hauptversäumnisse sind eher auf Seiten des Staates und sind einerseits wechselnde Vorgaben und andererseits Politik ohne Kulturverständnis.

Der Staat soll selbst keine Ziele verfolgen in den einzelnen Museen, soll allein die erforderlichen Mittel bereitstellen.

Die Rolle des Bundes ist nicht obsolet: Museumspolitik hat einen kulturpolitischen, gesellschaftspolitischen Grund.

Die Frage ist, was wünschen sich die Kuratoren vom Bund? Wie definiert und misst man „Accountability“, denn die Verantwortung ist irgendwie zu definieren und zu messen. Jeder Bürger hat Verantwortung, so die Museumsdirektoren erst recht. Es geht jetzt darum, die Kriterien auch festzulegen, wie Rechenschaft abgelegt werden kann gegenüber Kuratorium und Bund.

Der Staat muss seine Vorstellungen zur Kunstpolitik auf den Tisch legen. Die Grundlagen alle 5 Jahre zu ändern ist falsch. Österreich ist ein Kulturstaat; Museen sind international aber nur mehr Zaungäste, weil die Balance zwischen Kunst und Kommerz aus den Fugen geraten ist. Da ist mehr Politik gefordert. Die bessere Vorgangsweise wäre: Vorlegen von neuen Vorstellungen, nachher diese diskutieren. Auch die Ausgliederung war eher eine Reaktion, sie war nicht konkret vorher festgelegt und diskutiert.

Museen haben die Kreativität Neues zu erkennen. Das Bundesministerium kann das nicht erkennen; kann und soll daher keine Kernaufgaben vorgeben.

Noch dazu ist es auch denkbar, dass den Häusern Kernaufgaben wieder weggenommen werden.

Die Expertise muss im Ministerium verankert sein. Wir reichen alle Vorhaben ein, die dann im Ministerium geprüft werden. Das Vetorecht des BMF verhindert Entscheidungen.

Die Interpretation des Gesetzes muss definiert werden. Wer definiert? Das Bildungsministerium? Wie soll der Prozess laufen?

Museen sind Marketingagenturen. Das Ministerium muss laufend Anregungen geben in Form von Beiräten, Kuratorien.

Warum gibt es keine Initiativen in der Politik? Steuerbefreiung, Kulturstiftung, Absetzbarkeit bei Erwerbungen?

Museumspolitik hat nichts mit täglichen Entscheidungen zu tun. Das BMG ist langfristig. Man muss Ebenen abbauen, die Fachkompetenz stärken, mittel- und langfristige Entscheidungen treffen. Will die Politik gestalten?

Museumspolitik soll sich nicht nur auf die großen Museen (Flagschiffe) beziehen, sondern auch die kleineren Institutionen umfassen. Die regionalen Museen sollen vom Bund nicht „abgeschoben“ werden, es besteht auch eine Verantwortung für das, was außerhalb von Wien geschieht

Es gibt international ähnliche Strukturen. In Wien gibt es eine Sonderentwicklung, die es sonst nicht gibt. Die Direktoren sollten nicht in den Prozess einbezogen werden. Die Rahmenzielvereinbarungen sollen nur von Experten und dem Ministerium gemacht werden. Welche Messvorgaben kommen vom Ministerium?

Das Parlament soll die Leitlinien definieren.

Fachexpertise muss in den Ministerien und im Kuratorium installiert werden.

## **Zu bestehenden Strukturen, Abgrenzung der Aufgaben Bundesmuseen und bmukk**

Die Vollrechtsfähigkeit und Ausgliederung der Bundesmuseen als wissenschaftliche Anstalten wird einhellig überaus positiv beurteilt. Das bestehende Regelwerk (Bundesmuseumsgesetz, Museumsordnungen) wird grundsätzlich für ausreichend befunden. Es stellt sich aber die Frage, wie das Ministerium damit umgeht, denn es nützt die gesetzlichen Möglichkeiten nicht zur Steuerung.

Gefordert wird eine Aufwertung von Kuratorium/Aufsichtsrat, indem die fachliche Kompetenz darin verstärkt wird.

Die Frage ist, wie geht es mit den einzelnen Instituten weiter, welche Aufgabenstellung sollen die einzelnen Häuser haben.

Man muss sich mit der Vielfalt der Museen auseinandersetzen.

Eine Nachbesserung der Museumsordnungen zur deutlichen Abgrenzung der Museen zueinander und zur Absicherung der Kernaufgaben über eine Neudefinition der Basisabgeltung ist nötig.

Trotz maximaler Autonomie muss auch „Accountability“ gegeben sein.

Die Trägerschaft der Museen ist wichtig. Es gab einen Qualitätsschub nach der Ausgliederung, vor allem sind neue Kooperationen, mehr Forschung aber auch eine bessere wirtschaftliche Führung durch das Haus möglich geworden. Das BMG hat bewusst Autonomie geschaffen, der Bund kann sich jederzeit über Aufsichtsrat, Museumsordnung einbringen.

Die Museumsreform in Österreich mit Autonomie hat die Bundesmuseen abgesichert und ihnen gut getan. Das Kuratorium hat Vetorechte und damit ist das Durchgriffsrecht des Staates ausreichend abgesichert.

Es ist doch eher die Frage, welche Ziele durch die Museumsreform nicht erreicht wurden. Es wurde alles erreicht: personelle Flexibilisierung, ordentliches Rechnungswesen, Ertragssteigerungen, künstlerische Selbständigkeit, Sachkompetenz.

Das Bundesministerium hat bereits alle Möglichkeiten der Steuerung.

Die Basisabgeltung reicht nicht in Bezug auf die Kernaufgaben. Einige dieser Kernaufgaben sind tatsächlich erforderlich, auch wenn sich viele einer Messbarkeit entziehen.

Wir müssen alles aus Einnahmen bestreiten, haben zu wenig Geld. Nur die Einnahmewirksamkeit zählt.

In den letzten Jahren sind die Budgets in unterschiedliche Richtungen gewachsen. Die Mittelverteilung entspricht nicht den Aufgaben.

Die Definition der Basisabgeltung bleibt ein Wunschtraum. Die Handlungsfelder müssen genau definiert werden.

## Entwicklung einer Gesamtvision, Leitlinien und Masterplan

Eine Gesamtvision, ein Masterplan soll von den DirektorInnen mit der Kulturministerin/dem Kulturministerium in enger Zusammenarbeit entwickelt werden.

Da die DirektorInnen die Interessen ihrer Häuser vertreten, wird vorgeschlagen, dass externe ExpertInnen beigezogen werden.

Es ist die Frage, ob die Museumsordnungen nach einigen Jahren noch so okay sind; ob man nicht diese Vorgaben auseinander nimmt.

Die Autonomie ist ein Mythos. Die Abhängigkeit der Bundesmuseen gegenüber der Öffentlichkeit und dem Parlament ist ein Faktum. Die Änderungen passieren bereits laufend in den Museen und der Staat muss darauf auch Einfluss nehmen können. Es gibt Lücken und auch zu viele Überschneidungen der Museumsordnungen. Es bedarf eines budgetären und strukturellen Regelwerks.

Das Regelwerk besteht bereits; das Problem ist die fixe Basisabgeltung, aber ohne Kostenwahrheit; daher ist eine Anpassung notwendig.

Es ist alles vorgegeben in den Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien. Der Vorhabensbericht zeigt ja einiges, was qualitativ und quantitativ geplant ist.

Die Kuratoren wollen aber wissen, was die eigentlichen Kernaufgaben sind, die wichtigen Kriterien.

Eine Aktualisierung des derzeitigen Regelwerks wird erwartet.

Das Grundsatzpapier des BMUKK zu diesem Projekt ist ganz schlecht.

Wir haben ein Grundsatzpapier (MUMOK). Das MUMOK hat ein Problem dem Bildungsauftrag gerecht zu werden. Ist Gesellschaftspolitik Bildungspolitik?

Die gegenseitige Abwägung aller Vorhaben aller Museen fehlt.

Das Arbeitsprogramm wird von den Kuratorien verabschiedet, dann BMUKK, BMF. Wozu eine zusätzliche Evaluierung?

Wie vermittele ich der Öffentlichkeit die Stärkung der Forschung. Bei Sammeln dito. Zielorientiertes Budget für museumspolitische Ziele. Argumentationsstrategien. Wer entwickelt sie? Zum Beispiel Hamburg: externe Kommission hat die Interessen der Museen nicht berücksichtigt. Die Probleme sind bekannt. Staat stopft Löcher, er agiert aber nicht strukturiert. MUMOK leidet an Umverteilungsmechanismen.

Ausgangspunkt der Diskussion ist „So kann es nicht weitergehen“. Die Frage nach der Qualität ist nicht so leicht zu beantworten. Wir sollten uns auf die Kernkompetenz, auf die Vergangenheit besinnen. Das Museumskonzept hat sich verändert. Man zieht weitere Ebenen ein. Mit Experten habe ich ein Problem. Wer sind die Experten?

Wir müssen uns gemeinsame Leitlinien ausdenken

Wenn das Budget da ist. Welche Wünsche über das Budget hinaus gibt es? Neue Leitlinien, Entscheidungsmechanismen sind notwendig..

Ich will Partner, die mir sagen, ob meine Vorstellungen über das MUMOK richtig sind. Es sind keine inhaltlichen Partner vorhanden.

Das Kuratorium soll unser Partner sein. Die sollten sich aber auskennen.

Dies ist nur die 1. Ebene. Die Wünsche aller Museen sollten abgewogen werden.

Suchen wir nach einem Schiedsrichter. Das ist die Absage an die Autonomie. Es gab bereits eine Evaluierung, die Stärken und Schwächen aufgezeigt hat. Die Österreichische Galerie Belvedere braucht einen ordentlichen Wirtschaftsprüfer

Die Frage war, was braucht es inhaltlich. Die Kernaufgaben der Museen müssen definiert werden. Was ist die inhaltliche kulturpolitische Frage.

Man soll Koordinationsrunden einrichten. Wie ist es mit den Landesmuseen, die sollten auch koordiniert werden.

Wir haben unterschiedliche Kernaufgaben. Das Ausstellungswesen sollte der Freiheit ausgesetzt sein. Gibt es objektive Grundlagen für die Führung der Bundesmuseen? Kernbereiche müssen reguliert werden.

Absolute Autonomie ist maßgeblich, aber es besteht Koordinierungsbedarf. Leitlinien bedingen Pönalen. Was ist, wenn die Zielerreichung nicht gegeben ist?

+++++